
Vorwort

Der Haupttext dieses Bandes, Johannes Agnolis Aufsatz «Der Staat des Kapitals», versucht das Verhältnis zwischen Staat und Kapital in expliziter Auseinandersetzung mit zwei Theorien zu bestimmen. Das ist zum einen die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap), die auf Lenin basiert und seit den frühen 60er-Jahren Staatsdoktrin in den meisten realsozialistischen Ländern Europas war. Sie nahm eine Verschmelzung des Staatsapparats mit dem zu Monopolen konzentrierten Kapital an. Zum anderen handelt es sich um die deutsche Staatsableitungsdebatte,¹ die Anfang der 1970er-Jahre versuchte, die tragende Funktion des Staates innerhalb einer kapitalistisch organisierten Ökonomie zu untersuchen. Darüber hinaus ist Agnoli auch von der italienischen Debatte dieser Jahrzehnte beeinflusst – die gramscianische Tradition² auf der einen, der klassische Operaismus³ auf der anderen Seite.

Abgesehen von an Gramsci anschließender Hegemonietheorie gelten diese Ansätze momentan nicht als maßgebend in der linken politischen Debatte. Zudem scheint auch der historische Kern des Textes, die damaligen politischen Kräfteverhältnisse, nichts mit der heutigen Situation zu tun zu haben. So stellt sich die Frage nach der Aktualität von Agnolis Text. Warum also so lange Zeit nach dem ersten Erscheinen der deutschen Fassung diesen Band neu herausgeben?

Der Grund ist, dass es Johannes Agnoli gelingt, trotz des vorläufigen und fragmentarischen Charakters des Textes, Grundzüge einer materialistischen Staatstheorie zu entwerfen. Er führt formallogische Erkenntnisse der Staatsableitungsdebatte über den Zusammenhang von Staat und Kapital mit hegemonietheoretischen Ansätzen zusammen, die die Kräfteverhältnisse ins Zentrum rücken. Agnoli argumentiert, dass innerhalb eines kapitalistischen Systems auf der Formebene der Staat die Voraussetzungen für eine gelingende Akkumulation gewährleisten muss. Dies gilt seiner Analyse nach unabhängig von der politischen Orientierung der konkreten Regierung. Ka-

- 1 Exemplarisch: Wolfgang Müller, Christel Neusüß: «Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital», in: Sozialistische Politik, Nr. 6/7, 1970; oder auch Elmar Altvater: «Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus», in: *Probleme des Klassenkampfes*, Nr. 3, S. 1-53, 1972.
- 2 Ausgehend von Antonio Gramsci (1891-1937). Mitbegründer der PCI, entwickelte in faschistischer Haft in seinen Gefängnisheften eine Hegemonietheorie, bei der politische Kräfteverhältnisse ins Zentrum rücken.
- 3 Marxistische Strömung, die ab Beginn der 1960er-Jahre in Italien entwickelt wurde. Im Gegensatz zu abstrakten «Kapitalbewegungen» wird die Subjektivität des Arbeiters (ital. Operaio) in der Fabrik ins Zentrum gestellt.

pitalfreundliche Regierungen haben ohnehin ein Interesse daran. Aber auch Regierungen, die sich für die Belange der Arbeiterschaft einsetzen, unterstützen das Ziel der Maximierung der Profite, schließlich müssen sie Steuereinnahmen generieren, um z. B. sozialstaatliche Leistungen finanzieren zu können. Die staatliche «Autonomie» ist also eingeschränkt, weil ihre Zielvorgabe letztendlich immer die (bestmögliche) Reproduktion des Kapitalismus ist. Das ist das Primat des Ökonomischen gegenüber dem Politischen.

Vor diesem Hintergrund spielt der Staat nach Agnoli auf der Ebene der Kräfteverhältnisse für Kapital und Proletariat eine entgegengesetzte Rolle. Für das Kapital ist der Staat die Institution, in der sich aus den miteinander konkurrierenden Einzelkapitalen ein Gesamtkapitalist herausbildet, der langfristig das Ziel einer gelingenden Akkumulation verfolgt und sich deshalb kurzfristig auch gegen Einzelkapitalinteressen wenden kann.

Das Verhältnis des Staates zum Proletariat ist dagegen ein grundsätzlich anderes: Wenn die Massen die Produktion stören, müssen sie befriedet werden, gegebenenfalls sogar mit materiellen Zugeständnissen, wenn Zwang, Propaganda und institutionelle Einhegung nicht ausreichen. Sobald aber das Proletariat nicht mehr aufrührerisch ist, wird der Staat versuchen, bereits gemachte Zugeständnisse wieder wegzunehmen, da der Akkumulationshunger tendenziell grenzenlos ist. Der Staat ist und bleibt für Agnoli also, unabhängig von der politischen Ausrichtung der Parteien, die die Regierung stellen, am Ende immer der Staat des Kapitals und steht als solcher dem Proletariat antagonistisch gegenüber. Indem Agnoli die abstraktere Ebene der Formlogik stärker in die Analyse der Kräfteverhältnisse einbezieht, kann er die Grenzen einfacher Reformbemühungen klarer bestimmen als beispielsweise Nicos Poulantzas, auch wenn dessen Breite in der Binnenanalyse der Staatsapparate in dem hier vorliegenden Aufsatz nicht erreicht wird.⁴ Agnolis Aktualität liegt dabei in den Einwänden, die er gegen einen einfachen sozialstaatlichen Reformismus, gegen die Parteiform und gegen eine naive parlamentarische Strategie anführt. Es sind Einwände und Fragen, mit denen sich jede linke Bewegung, egal welcher Organisationsform, auseinandersetzen und auf die sie dringlich Antworten finden muss, wenn sie nicht im politischen Prozess bewusst-unbewusst auf die andere Seite der Barrikade überwechseln und als kapitalistische Partei enden möchte. Agnoli macht es einer unkritischen parlamentarischen Strategie schwer, ihn einfach einzugemeinden – wie es der Gramsci-Poulantzas-Linie aktuell allzu häufig ergeht – zumal er uns ohne konkrete politische Handlungsanwei-

4 Allerdings hat er in seiner 1967 erschienenen politologischen Teiltheorie «Die Transformation der Demokratie» sehr scharfe Analysen zu Parlament und Partei geliefert. Es empfiehlt sich diese mit dem «Staat des Kapitals» vor allem vor dem Argument der sozialen Befriedung zusammen zu denken!

sung zurücklässt. Eindeutig geht bei ihm nur eines hervor: Eine politische Machtübernahme bei gleichzeitigem Weiterbestehen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stellt leider keine reale Alternative dar.

Genau wie in der deutschen Originalausgabe, die 1975 bei Wagenbach erschienen ist, wird der «Staat des Kapitals» hier von zwei weiteren Aufsätzen und einer Diskussion begleitet. In «Klasse und Staat in Deutschland» versucht Agnoli den Arbeiterinnen und Arbeitern von Fiat quasi als Warnung in einem Ländervergleich die Stabilität deutscher Verhältnisse zu erklären und diskutiert mit ihnen anschließend politische Strategien. In «Revolutionäre Strategie und Parlamentarismus» setzt er sich dagegen mit den Strategien der kommunistischen Parteien Frankreichs, West-Deutschlands und Italiens auseinander.⁵

Die Beiträge wurden also als Kritik im Handgemenge verfasst und benötigen zur besseren Verständlichkeit heutzutage eine kleine historische Einordnung sowie einige theoretische Anpassungen an aktuelle wirtschaftliche und politische Entwicklungen. Vor allem ökonomisch kann es schwer sein, sich in Texte hineinzudenken, die vor dem heute allgegenwärtigen neoliberalen Globalisierungsdiskurs geschrieben wurden.

Zuerst zum letzten Aufsatz «Revolutionäre Strategie und Parlamentarismus». Auf parlamentarischer Ebene waren die frühen 1970er-Jahre in Italien vom sog. *Compromesso Storico*, dem Historischen Kompromiss gekennzeichnet. Obwohl zeitweise eine rechnerisch linke Mehrheit im Parlament vorhanden war, verzichtete der PCI (Partito Comunista d'Italia) auf die Machtübernahme und tolerierte gegen Zugeständnisse eine Regierung der DC (Democrazia Cristiana). Argumentativer Hintergrund war die Angst, dass sich ein von der CIA unterstützter rechter Putsch wie in Chile auch in Italien wiederholen könnte, wenn die Linken an die Staatsmacht gelangen würden. Agnoli setzt sich hiermit im für die deutsche Ausgabe hinzugefügten Vorwort von «Revolutionäre Strategie und Parlamentarismus» kritisch auseinander.

Nun zu den anderen Aufsätzen. Obgleich erstmals 1975 auf Deutsch erschienen, beruhen sowohl der «Staat des Kapitals» als auch «Klasse und Staat in Deutschland» auf Vorträgen, die Agnoli im Februar 1973 in Turin gehalten hatte. Im März 1973 erreichten die im Heißen Herbst 1969 begonnenen Arbeitskämpfe⁶ in Italien mit der Besetzung der Fiat-Fabrik in Mirafiori, Turin, ihren Höhepunkt. Agnoli schreibt also in einer zuversichtlichen

5 Der Beitrag beruht auf einem älteren Aufsatz: Johannes Agnoli: «Strategia rivoluzionaria e Parlamentarismo», in: *Sviluppo economico e rivoluzione*, Bari (De Donato) 1969.

6 Entscheidend bei diesen italienischen Arbeitskämpfen war, dass die Arbeiterschaft sich großteils autonom organisiert hatte und ihre Aktionen auch gegen Einsprüche der PCI oder der Gewerkschaftsfunktionäre durchsetzte.

Aufbruchstimmung. Die ökonomischen Überlegungen, die diesem Optimismus zu Grunde liegen, bestehen in der Annahme, dass dem Kapital durch Fabriken und Maschinen ein sehr hoher Finanzierungsaufwand entstanden ist (fixes Kapital). Wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter nun in der Lage wären, deren Verwertung zu stoppen, wie es in dem historischen Moment den Anschein hatte, würden sie am längeren Hebel sitzen, da bereits kurze Zeitspannen für das Kapital mit starken Verlusten verbunden wären. Vor diesem Hintergrund ist auch die Relevanz von Agnolis Behauptung bezüglich der Verschiebung der Vorherrschaft des Finanzkapitals zum Industriekapital zu verstehen, die mit dem jetzigen Wissen um den nach dem Ende von Bretton Woods im März 1973 aufkommenden Neoliberalismus widersinnig erscheinen muss. Allerdings präzisiert er bereits in seinem damaligen Vorwort: «Die Richtigkeit der hier entwickelten Analyse kann nur von der Praxis bestätigt oder widerlegt werden.»

Nun, in diesem Punkt wurde die Analyse widerlegt, denn die Klassenkämpfe bei Fiat endeten schließlich 1979/1980 mit einer Niederlage. Flankiert von der Kriminalisierung und Verhaftung zahlreicher Aktivistinnen und Aktivisten, konnte Fiat umfangreiche Entlassungen und Produktionsverlegungen durchsetzen. Diese Niederlage steht exemplarisch für zahlreiche andere Niederlagen der organisierten Industriearbeiterschaft gegen neoliberale Angriffe. Auf sie hat die Linke in Europa bis heute keine schlagkräftige Antwort gefunden. Dass Agnoli diese Wandlungsfähigkeit des Kapitals nicht hat kommen sehen, teilt er allerdings mit den meisten Beiträgen der frühen 70er-Jahre.

Durch die Fehlinterpretation der Verhältnisse zwischen Finanz- und Industriekapital setzt sich die zeitbedingte Schwäche von Agnolis Argumentation mit seinem Versäumnis fort, die einzelnen Nationalstaaten im globalen Zusammenhang zu betrachten. Er scheint die nationalpolitischen Zirkulationsbarrieren des Finanzkapitals seiner Zeit und damit einen weiteren wesentlichen Faktor für die Standortgebundenheit für unumstößlich gehalten zu haben. Jedenfalls hat er die Auswirkungen einer massiven Kapitalflucht nicht beachtet und stattdessen die Bestimmung der Grenze dessen, was vom Kapital abpressbar ist, allein bei einer gegen null gehenden Profitrate auf nationaler Ebene gesucht. Wie vor allem Joachim Hirsch jedoch später herausgearbeitet hat, geschieht Kapitalflucht bereits, sobald einer der anderen nationalen Wettbewerbsstaaten bessere Bedingungen bietet.

Eine weitere historische Merkwürdigkeit, die der Erklärung bedarf, ist die Zentralität der Debatte um den «Planstaat». Diese Debatte geht auf eine Intervention des Operaisten Raniero Panzieri⁷ zurück, der in den frühen

7 Raniero Panzieri (1921-1964), italienischer Marxist, Mitbegründer des Operaismus und der Zeitschrift *Quaderni Rossi*.

60er-Jahren die traditionelle linke Ansicht kritisiert hatte, Staatsplanung sei dazu da, kapitalistische Marktkräfte einzugrenzen. Er versuchte stattdessen zu zeigen, dass Staatsplanung in der damaligen historischen Situation ausgesprochen wichtig für die direkte Organisation der Mehrwertproduktion moderner monopolkapitalistischer Industriestaaten sei. Agnoli sieht den wichtigsten Punkt bei der staatlichen Gesellschaftsplanung dagegen nicht in der Wirtschaftsorganisation an sich, sondern vielmehr in der Befriedung und parteiförmigen Institutionalisierung des aus seiner Sicht zentralen Krisenherdes, den aufmüppigen Massen, worin sein eigener Beitrag besteht.

In diesem Zusammenhang hatte Agnoli in der BRD zunächst mit den Gründungsvorbereitungen der DDR-freundlichen DKP ganz unmittelbar im Republikanischen Club⁸ zu kämpfen. Später versuchte er zusammen mit Peter Brückner eine Parteigründung einiger ehemaliger APO-Genossinnen und Genossen zu verhindern, von denen dann fast alle wenige Jahre später bei der Gründung der Grünen dabei waren. In Italien hat sich die parteiförmig organisierte Linke in einem Prozess schleichender Sozialdemokratisierung komplett abgeschafft. In Deutschland haben die Grünen auf dem Weg zur Macht ihre neoliberale Anpassung vollendet. Und selbst die Linkspartei fällt ähnlichen Anpassungsprozessen immer zum Opfer, sobald sie in die Nähe von Machtpositionen gelangt.

Allein diese Entwicklungen, die immer wieder und wieder zu sehen sind, beweisen Agnolis Aktualität. Zudem können wichtige Anpassungen und Aktualisierungen in sein Gedankengebäude integriert werden, ohne dass dieses zusammenbricht, da seine theoretische Stärke – wie übrigens auch in der «Transformation der Demokratie» – nicht in der konkreten historischen Analyse besteht, sondern im Aufzeigen allgemeiner Strukturen im kapitalistischen Staat.

Es ist die besondere Tragik von Johannes Agnoli, dass zwar nicht seine hoffnungsvollen Prognosen bezüglich der aufkommenden Klassenkämpfe eintraten, seine Vorhersagen über den Befriedungscharakter der parteiförmigen Organisation dafür aber schließlich umso mehr. Wenn auch sicherlich nicht monokausal, so ist die Suche nach einem Zusammenhang eine Analyse wert. Aus diesem Grund kann eine erneute Lektüre von Agnolis Texten zum kollektiven Denkprozess anregen und zur Erarbeitung strategischer Perspektiven beitragen, wie er selbst es sich in seiner Einleitung gewünscht hat.

Berlin im Dezember 2018
Michael Hewener und Niccolò Agnoli

8 Vgl. hierzu: Michael Hewener: «Die Westberliner Neue Linke und die Stasi – *Der Kampf um den Republikanischen Club*», in: *Arbeit – Bewegung – Geschichte*, Nr. 1, S. 22-441, 2017.